



Der „Demokratie- & Sozial-Stachel“ für Zeulenroda- Triebes und Umgebung!

### Bürgerinformationsblatt der BIZ 06/ 2013

#### der Bürgerinitiative für sozialverträgliche Abgaben und Leistungsgerechtigkeit in

#### Zeulenroda- Triebes und Umgebung BIZ e.V.:

Vertreten im Kreistag des Landkreises Greiz (Fraktionsgemeinschaft mit Vertretern von Bündnis 90/die Grünen und IWA), als eigene Fraktion im Stadtrat von Zeulenroda- Triebes und in verschiedenen Orts- und Ortsteilparlamenten! Wir bitten um Beiträge und Kommentare der Mitglieder der BIZ und von Interessenten an unserer Tätigkeit zu folgenden Rubriken:

- Wissenswertes/ Aktuelles aus **dem Thüringer Landtag** (bezogen auf unser Territorium); Das Gleiche, mit seinen Auswirkungen auf den Bürger, aus dem **Kreistag Greiz, dem Stadtrat Zeulenroda-Triebes und deren Ortsteilräten, sowie aus den Ortschaftsräten der umliegenden Orte;**
- Informationen zu Entwicklungen an der Steuer-, Beitrags- und Gebührenfront im Territorium Greiz, Zeulenroda-Triebes und Umgebung.

#### Die BIZ zum Zensus 2011 und ihren Ergebnissen:



„Rund 1,5 Millionen Einwohner weniger als bislang angenommen“, sagte Roderich Egeler, Präsident des Statistischen Bundesamtes, „gegenüber der bisher gültigen Bevölkerungszahl aus der amtlichen Bevölkerungsfortschreibung gab es am Zensusstichtag in Deutschland“, dies wurde auf einer Pressekonferenz zur Vorstellung

der Ergebnisse des Zensus 2011 in Berlin mitgeteilt.

Auch Thüringen hat rund 40.000 Einwohner weniger als bisher angenommen und es fehlen daher **über** zwei Städte, in der Größenordnung von Zeulenroda-Triebes, wie das Landesamt für Statistik kürzlich mitteilte. **Seit 1990 hat das Land Thüringen rund 423.000 Einwohner verloren.** Wie das Landesamt für Statistik auch mitteilte, hat die im Jahr 2011 gestartete bundesweite Volkszählung ergeben, dass im Freistaat am Stichtag 9. Mai 2011 genau 2.188.589 Menschen leben. Bisher war von einer Einwohnerzahl von 2.228.208 ausgegangen worden. Thüringens Innenminister Jörg Geibert sagte, der Rückgang resultiere zur Hälfte aus Doppelinträgen in den Melderegistern der Kommunen. Das wirft natürlich berechtigte Fragen zur korrekten Arbeit der damit befassten Behörden auf.

Am 9. Mai 2011 hatten von den rund 80,2 Millionen Einwohnern in Deutschland etwa 74 Millionen Personen (92,3 %) die deutsche Staatsangehörigkeit. Knapp 6,2 Millionen Einwohner (7,7 %) besaßen eine ausländische Staatsangehörigkeit. Der Vergleich der Zensusergeb-

nisse mit den bisherigen Bevölkerungszahlen aus der amtlichen Bevölkerungsfortschreibung zeigt bei den Deutschen mit – 0,6 % eine relativ geringe Abweichung (– 428 000 Personen). Bei den Ausländer/-innen hingegen lag die Differenz der Bevölkerungszahlen bei – 14,9 %, das sind nahezu 1,1 Millionen Personen weniger als bislang angenommen. D. Hoffmann

### **Leserbrief zur OTZ-Veröffentlichung vom 23.05.13 „Warten auf den Innenminister“**

Nachdem das Verfassungsgericht unser Volksbegehren zur Abschaffung von Zwangsbeiträgen für Straßenausbau und Entwässerungseinrichtungen abgelehnt hat, erlaubt sich die CDU/SPD Landesregierung, einen weiteren „Schlag ins Gesicht“ betroffener Grundstückseigentümer zu verteilen. Sollte der Gesetzentwurf der „Linken“ zum einstweiligen Stopp der Beitragserhebung wirklich einen Fehler beinhalten, wäre es ein Leichtes gewesen, diesen per Änderungsantrag zu beseitigen. Hier geht es aber längst nichtmehr darum, die Menschen vor unzulässigen, ungerechten oder unsozialen Abgaben zu schützen, sondern nur noch um Machterhalt. Die Arroganz der Macht von CDU und SPD lässt somit eine inhaltliche Auseinandersetzungen nicht mehr zu. **Offenbar wird hier ein Klassenkampf fortgeführt, der längst Geschichte sein sollte. Vielleicht sollte „Die Linke“ im Landtag zukünftig ihre Gesetzesanträge der Landesregierung geben. So käme man zu schnellen Entscheidungen, wie damals bei den Blockparteien. Die „Linken“ müssen nun auch entscheiden, ob man zukünftig mit der SPD unter diesen Voraussetzungen zusammen regieren will? Bereits 2009 zur Landtagswahl hat uns die SPD verraten. Damals war das Machtstreben stärker, als die Änderung des Kommunalabgabengesetzes zur Abschaffung von Zwangsbeiträgen. Glaubwürdigkeit und Heuchelei sollten die Wähler unterscheiden lernen. Bürgerinitiativen, Vereine, Verbände und Grundstückseigentümer, die sich für die Abschaffung von Zwangsbeiträgen einsetzen, werden schon zur kommenden Bundestagswahl CDU und SPD nicht mehr empfehlen können. Ihr letzter Kredit wurde längst verspielt. Auch für die Kommunal- und Landtagswahl 2014 sind für viele Betroffene die Würfel der Wahlentscheidung gefallen. Man muss nicht erneut warten, bis ungerechte und rechtswidrige Beitragsbescheide über mehrere tausend Euro im Briefkasten landen und die Wahlversprechen nicht eingehalten werden.**

Verheerend ist auch die Verantwortungslosigkeit der Landesregierung gegenüber den Kommunen, die als Vollzieher dieses Unrechtes keine Klarheit erhalten, ob eine rückwirkenden Beitragserhebung bis 1991 zulässig ist. So werden unnötig Ärger und Verwaltungsaufwand erzeugt. An dieser Stelle vermisse ich eine Unterstützung des Interessenvertreters der Thüringer Kommunen. Gewinner sind wieder einmal Rechtsanwälte, die dann unnütz Gerichte beschäftigen müssen. Was für ein Zufall.

Wolfgang Kleindienst, BI- Pößneck, **der farblich markierte Teil wurde von der OTZ nicht veröffentlicht/Zensur!!**

### **Was die OTZ scheinbar nicht begriffen oder verinnerlicht hat ist ihr Verhältnis zum „hohen Gut“ der Meinungsfreiheit und Pressefreiheit, die jedem Leser/Bürger zugebilligt werden sollte, und nicht nur ihren eigenen Redakteuren !?? Da wähnt sich der Thüringer Landtag bzw. die Landesverwaltung weiter und verkündet das euphorisch:**

Der Thüringer Landtag startete seit dem 12.12.2012 um 14.30 Uhr ein Online-Diskussionsforum. Bürger können sich dort an der Debatte zu Gesetzesentwürfen und Vorhaben beteiligen. Landtagspräsidentin Birgit Dietzel hat diese Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung vorgestellt. Der parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Werner Pidde, bezeichnete die Internet-Plattform vorab als Qualitätssprung in Sachen Bürgerbeteiligung. "Demokratie lebt von Bürgern, die sich einmischen", sagte er. Das betreffe Formen der direkten Demokratie wie Bürgerbegehren und Volksentscheide, aber auch die Möglichkeit, an Gesetzentwürfen mitzuwirken. Wer ohne Internetverfügbarkeit auskommen muss, hat da aber keine Chance und wie ernst die Landesoberen es mit dieser „sogenannten direkten Demokratie“ meinen, wird aus dem oben erwähnten Umgang mit dem gestoppten Volksbegehren der Bürgerallianz Thüringen zu den Kommunalabgaben leider sehr negativ deutlich! D. Hoffmann

## **Die BIZ zum Schuldenstand und zu den Wahlversprechungen der Kanzlerin!**

Auch Deutschland befindet sich vor einer finanziellen und sozialen Zerreißprobe! Die Medien berichten über den Schuldenstand der öffentlichen Hand im Bund, bei den Ländern und Kommunen. **Die Schuldenuhr** zeigt derzeit ein Wachstum von 634 Euro je Sekunde an.

**Aber es gibt noch eine andere, nämlich eine Reichtumsuhr:** Diese zeigt ein Wachstum von 9181 Euro pro Sekunde an. Bei diesem Missverhältnis ffnen sich für den Betrachter wahre Abgründe in Bezug auf das soziale Ungleichgewicht auf.

### **Der BIZ-Vorstand wird diese Gerechtigkeitslücke auch zum Thema im Vorfeld der Bundestagswahl öffentlich machen.**

Widersinnig sind in diesem Zusammenhang auch die teuren Wahlversprechen von Frau Merkel.

Mehr Kindergeld, höhere Mütterrente, die neue Lebensleistungsrente: Diese milliardenschweren Wahlversprechen der CDU stoßen sowohl bei der Opposition, aber auch bei Koalitionspolitikern auf Kritik. "Wir können nicht gleichzeitig gegen grüne Pläne für Steuererhöhungen wettern und selbst neue Ausgaben planen", sagte Unionsfraktionsvize Michael Fuchs (CDU) der Zeitung "Die Welt". Würden alle CDU-Pläne umgesetzt, könnten Kosten von knapp 30 Milliarden Euro entstehen. Diese stehen selbst in den eigenen Reihen stark in der Kritik.

Die verschiedenen Forderungen der CDU sind aber nicht neu. So wird über eine Erhöhung der Renten von Mtern älterer Kinder schon seit einiger Zeit intensiv diskutiert, Beschlüsse fasste die Koalition aus Union und FDP unter anderem wegen der Finanzierungsfrage bislang aber nicht. Bundeskanzlerin und CDU-Chefin Angela Merkel (CDU) versprach in einer Telefonkonferenz mit Parteimitgliedern am Dienstagabend allerdings, sie werde die Themen Mterrente, Lebensleistungsrente und Erwerbsminderungsrente "sofort angehen nach der Bundestagswahl". Geplant ist demnach, die Abschläge bei einem frühzeitigen Renteneintritt wegen Erwerbsminderung abzuschaffen sowie die Rente von Geringverdienern in bestimmten Fllen aufzubessern.

Die Mehrausgaben werden indes auch im Bundesfinanzministerium skeptisch gesehen. "In der kommenden Legislaturperiode kommt es darauf an, das Erreichte zu bewahren und den (zweifelhaften d. Red.) Erfolg dieser Legislaturperiode weiter auszubauen", sagte Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) dem "Handelsblatt". Er bekräftigte das Ziel, "zum ersten Mal seit vielen Jahrzehnten keine Schulden aufzubauen", sondern mit dem Schuldenabbau zu beginnen.

Insbesondere die Grünen, die in den letzten Wochen wegen ihrer Steuererhhungsplne von der CDU hart attackiert worden waren, bten nun ihrerseits scharfe Kritik. Fraktionschef Jürgen Trittin warf Merkel vor, "leere Versprechungen" zu machen, ohne zu erklären, woher das Geld kommen solle. Seine Parteikollegin Priska Hinz warnte vor "teuren Klientelgeschenken auf Pump". SPD-Fraktionsvize Joachim Po warf Merkel vor, sich den Sieg bei der Bundestagswahl am 22. September "kaufen" zu wollen.

Kritik zog Merkel auch mit der Ankündigung einer Mietpreisbremse auf sich. Demnach sollen die Mieten bei Neuvermietung nur begrenzt erhöht werden dürfen.

Allein die angekündigte Erhöhung des Grundfreibetrags für Kinder auf das Niveau der Erwachsenen sowie eine entsprechende Erhöhung des Kindergeldes würde Mehrausgaben in Höhe von 7,5 Milliarden Euro verursachen. In der CDU wurden die Zahlen nicht bestritten.

An die vor der letzten Bundestagswahl abgegebenen Versprechen zur Rentenangleichung Ost an West, die sich als reine Wahlkampfpropaganda erwiesen haben, will heute niemand mehr auch wegen deren Nichterfüllung erinnert werden. Das Gleiche droht nach den Wahlen auch den jetzt angekündigten Wahlversprechungen. Da müssen die Whler natürlich gründlich

überlegen, wem sie ihre Stimme, die sie dann abgeben und im wahrsten Sinne für eine Legislaturperiode los werden, am Ende geben.

D.Hoffmann

**An den erweiterten Vorstand, alle Mitglieder und Sympathisanten,**

„Nur gut das wir flexibel sind!“

### **Einladung zu unserer öffentlichen Vorstandsberatung**

Am **Mittwoch, den 19. Juni 2013** findet unsere öffentliche Vorstandsberatung in der Gaststätte „Kuhstall“ in Kleinwolschendorf statt.

**Achtung: Wir beginnen schon 18.00 Uhr** – bei schönem Wetter vor der Gaststätte, bei schlechtem Wetter in der Gaststätte – hier hat nur der Wirt ein Problem – wir haben Roster geordert.

#### **Tagesordnung:**

1. Änderung/Bestätigung der Tagesordnung
2. **Unseren Wahlprüfsteinen für die Kandidaten der Bundestagswahl 2013 stellt sich das Mitglied des Bundestages und drogenpolitischer Sprecher der Fraktion „DIE LINKE“ Frank Tempel.**  
Frank Tempel kandidiert erneut für den Bundestag. Er ist auch in Fragen der Kommunalpolitik bewandert, da er im Kreistag des Kreises Altenburg und im Gemeinderat seines Wohnortes ist.  
Wir hoffen, dass viele Fragen gestellt und Anregungen gegeben werden, die er mit nach Berlin nehmen kann
3. Aktuelles aus dem Stadtrat und dem Kreistag
4. Anfrage an Dietrich Hoffmann: wo braucht er unsere Hilfe bei der Vorbereitung der Ausstellung 130 Jahre Bahnstrecke Weida – Mehlteuer?
5. Roster fassen!
6. Sonstiges: Die nächste Vorstandsberatung findet am 17. Juli oder operativ zeitiger statt – diese sollte NICHTÖFFENTLICH sein, da es hier um Fragen der BI geht.

gez.: Bärbel Rentzsch

#### **Die BIZ sozial und Solidarisch**

Zum nunmehr zweiten Mal findet in Zeulenroda ein Spendenlauf für krebskranke Kinder statt. Die Idee zu dieser Veranstaltung entstand im Frühjahr 2012 in Vorbereitung auf eine private Geburtstagsfeier. Am Vortag dieser unternahmen einige Laufbegeisterte einen 50 km-Lauf auf einer ausgewählten Laufstrecke im Zeulenrodaer Umland. Es werden dieses Jahr eine **5 km-Nordic Walking bzw. 5 km-Laufstrecke angeboten**. Die Startzeiten sind jeweils 10.00 Uhr, 12.00 Uhr und 14.00 Uhr am Bio- Seehotel. Weitere Infos: [www.laufen-fuer-krank-kinder.de](http://www.laufen-fuer-krank-kinder.de)  
Auf beiden Strecken finden jeweils geführte Läufe statt. Die Startgebühr beträgt bei beiden Streckenvarianten 5 EUR pro Walker bzw. Läufer und den krebskranken Kindern zu Gute.

D.Hoffmann

**Impressum:** Zur redaktionellen Verarbeitung senden Sie Ihre Beiträge per Internet oder Post an folgende **Adressaten:** Dietrich Hoffmann, 07937 Zeulenroda-Triebes, Friedrich- Reimann- Str.3; [rd.hoffi@t-online.de](mailto:rd.hoffi@t-online.de) ; Siegmund Borek, 07937 Zeulenroda- Triebes, Flur Oerlich 5; [s-borek-z@t-online.de](mailto:s-borek-z@t-online.de) \*Die verwendeten Fotos ohne Quelle sind alle Privat  
V.i.d.S.u.P.: Dietrich Hoffmann, Friedrich-Reimann-Str.3, 07937 Zeulenroda-Triebes